Jutta Weduwen

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Israel

Als Aktion Sühnezeichen im April 1958 auf der Synode der EKD gegründet wurde, nannte der Gründungsvater Lothar Kreyssig Israel als eines der Länder, in dem die Arbeit beginnen sollte. Unmittelbar nach dem Eichmann-Prozess reiste im Herbst 1961 die erste Gruppe von zehn Freiwilligen nach Israel aus, vier Jahre vor Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Während die Freiwilligen in den ersten Jahren in Kibbuzim und in Bauprojekten eingesetzt wurden, arbeiten sie heute schwerpunktmäßig mit Schoa-Überlebenden, in Gedenkstätten, mit Menschen mit Behinderungen, in Forschungsprojekten gegen Antisemitismus und in jüdisch-arabischen Ko-Existenz-Projekten.

Die Arbeit von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) in Israel begleitet und gestaltet den christlich-jüdischen bzw. deutsch-israelischen Dialog vor dem Hintergrund sich wandelnder politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen. Unsere Freiwilligen haben in Israel an vielen Stellen Kriege und militärische Auseinandersetzungen erlebt. Mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 bröckelte die gesellschaftliche Solidarität mit Israel, die es zumindest vordergründig in Deutschland bis dahin gab. Gleiches geschah in nachfolgenden Kriegen, vor allem Anfang der 1980er Jahre beim Libanon-Krieg, während der ersten und zweiten Intifada und auch während der militärischen Auseinandersetzung mit der Hisbollah im Libanon und der Hamas im Gaza-Streifen. Die Positionierung in einem an vielen Stellen unauflöslich scheinenden Konflikt ist herausfordernd, aber dies lässt die Freiwilligen auch in ihrer politischen Haltung wachsen. In Israel lernen sie, dem Bedürfnis zu widerstehen, politische Auseinandersetzungen unterkomplex zu beurteilen oder sich auf einfache Täter-Opfer-Schemata zurückzuziehen. Wir erleben bei unseren Freiwilligen nach einem Jahr Aufenthalt ein hohes Maß an Reflexivität, mit dem sie verschiedene Positionen abwägen und sich einseitigen Erklärungen widersetzen können. Außerdem entwickeln sie eine hohe Sensibilität dafür, Antisemitismus und die Grenze zwischen Kritik an der israelischen Politik und Judenfeindschaft erkennen zu können. Das pädagogische Begleitprogramm, das Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ein großes Anliegen ist, hilft, die Situation in Israel und im Nahen Osten in seiner Komplexität zu verstehen.

Boykott-Bewegungen

ASF fühlt sich besonders jenen Kräften in Israel und in Palästina verbunden, die sich für eine Ko-Existenz und für eine friedliche und gerechte Lösung des Konfliktes einsetzen. Unsere Arbeit zielt nicht primär darauf ab, die Menschen vor Ort in ihrem Handeln zu beeinflussen oder ihnen (als besserwissende Deutsche) Ratschläge zu geben. Unser politisches Augenmerk ist in besonderer Weise auch auf die Debatte in Deutschland gerichtet. Hier fühlen wir uns zuständig, die Debatten aktiv mitzugestalten. Ein Beispiel dafür ist unsere Haltung gegenüber Boykottbewegungen.

Auch in kirchlichen Kreisen findet die Boykott-Bewegung „Boykott, Desinvestment und Sanktionen“ (BDS) Zulauf und Unterstützung. Die Bewegung fordert, dass Israel *„die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes beendet und die Mauer abreißt; das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger/innen Israels auf völlige Gleichheit anerkennt; und die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN-Resolution 194 vereinbart wurde, respektiert, schützt und fördert.“*

Die BDS-Bewegung steht im Kontext anderer Boykott-Aktivitäten, die sich gegen Israel richten. So werden etwa immer wieder Wissenschaftler/innen und Künstler/innen politisch massiv unter Druck gesetzt, wenn sie in Israel oder mit Israelis forschen oder auftreten.

Die BDS-Bewegung verfolgt eine einseitige und unterkomplexe Erklärung des israelisch-palästi-

Moritz Roßberg, geboren 1993, machte 2013 - 2014 einen Freiwilligendienst mit Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Jerusalem. Er begleitete Überlebende der Shoa und arbeitete in einem Kindergarten für Kinder mit körperlichen Behinderungen. Zum Ende seines Freiwilligendienstes kam es zur militärischen Konfrontation zwischen der Hamas und Israel, dem sogenannten Gaza-Krieg 2014.

Es begann damit, dass im Juni 2014 drei junge Israelis aus einer Siedlung im Westjordanland gekidnappt wurden. Wobei es müßig ist, festzumachen, wann in diesem Konflikt etwas wirklich beginnt. Mehrere Wochen durchsuchte die israelische Armee Teile der Westbank. Am Abend unseres Abschluss-Sommerfestes, huschte die Nachricht über den Fund der Leichen über die Telefone. Die Stimmung erstarb jäh, das Fest wurde abgebrochen, einige weinten. Es war ein Augenblick, in dem ich zum ersten Mal begriff, wie tief die Wunden sind, die der Terror schlägt. Wie umfassend er Narben hinterlässt und wie unbarmherzig er ältere immer wieder aufreißt. Einige Zeit später wurde ein palästinensischer Junge in Jerusalem von Israelis verbrannt. Auf eine weitere Militäroperation folgten Raketen der Hamas aus dem Gazastreifen, auf die Raketen folgten Luftschläge. Schließlich sah sich Israel in einen 50 Tage dauernden Krieg verwickelt. Der Eskalation dabei zuzusehen, wie sie immer höhere Stufen erreicht, löst ein Gefühl der Ohnmacht aus. Ein Strudel von Ereignissen, die so wenige Menschen beeinflussen, aber so viele betreffen.

Als ich eine Arbeitskollegin nach dem Platz fragte, den der Konflikt mit den Palästinensern in ihrem Leben einnehme, beschrieb sie es mit einer dunklen Wolke, die über schwebe. Man nehme sie nicht immer wahr, aber sie sei da. In diesem Sommer war sie nicht zu übersehen. Bis dahin war es unser deutscher Pass, der uns bei Ausflügen durch die palästinensischen Gebiete immer den Status des Beobachters garantiert hatte. Und oft bekamen wir Dinge gar nicht mit. Der erste Raketenalarm, das erste Heulen der Sirenen in Jerusalem zertrümmerte diesen Abstandshalter der Vermitteltheit. Der Rakete könnte nicht egaler sein, wer du bist. Die Angst ist real, und man rennt zum sichersten Ort im Gebäude, meist ins Treppenhaus. Wartet auf den Knall und darauf, dass der Iron-Dome die Gefahr noch in der Luft unschädlich macht. Was er zum Glück auch fast immer tut, solange man nicht zu nah am Gazastreifen wohnt. Es ist nichts, woran man sich gewöhnen könnte. Nach dem fünften Raketenalarm beginnt sich eine Art Routine einzustellen, aber das erste Aufheulen der Sirene bleibt auch dann ein Schreck, der durch alle Glieder fährt.

Die Bilder, die das arabische Fernsehen zeigte, unterschieden sich fundamental von jenen im israelischen. Auch die Mitarbeiter sah man jetzt öfter in den Gruppen ihrer ethnischen Zugehörigkeit sitzen. Ein Krieg in einem so kleinen Land betrifft jeden. Manche haben Verwandte in Gaza, andere in den Sderot und Ashkelon und fast alle haben Angehörige in der israelischen Armee. Eine Zeit der Polarisierung, die einen auch als Freiwilliger betrifft. Bei einer zaghaften Diskussion mit einer Kollegin über Sinn und Unsinn israelischer Güterlieferungen nach Gaza, während von dort Raketen fliegen, verdiente ich mir schnell einen „Leftist"-Stempel. Kein Kompliment in Israel und verdient mit Argumenten, mit denen ich mich in Deutschland niemals verdächtig gemacht hätte, allzu links zu denken.

Viele von uns erlebten es als große Diskrepanz zwischen dem, was in Europa zum Teil geschrieben und gesagt wurde und dem, was wir vor Ort erlebten und durch lokale Medien erfuhren. Einige deutsche Zeitungen schienen die Lust an einer differenzierten Darstellung komplett verloren zu haben. Als wäre die simple Unterscheidung zwischen Aktion und Reaktion ein komplexes metaphysisches Konzept. Während sie ganz von Ironie befreit titelten, dass Israel die Waffenruhe nach Raketenbeschuss der Hamas gebrochen habe, marschierte in Berlin und anderen großen Städten eine Querfront aus Islamisten, Rechtsradikalen und friedensbewegten Linken auf. Vereint gegen den jüdischen Staat.

nensischen Konfliktes und es finden sich darin immer wieder Anknüpfungspunkte an israelfeindliche und antisemitische Haltungen und Aktivitäten. Viele Boykottaufrufe unterscheiden nicht, aus welchem Gebiet die Waren kommen, ob aus den Siedlungen, aus den besetzten Gebieten oder aus Israel innerhalb der Grünen Linie. Sie unterscheiden nicht, welche politische Haltung ein/e Wissenschaftler/in oder Künstler/in hat und sie analysieren nicht die komplexen Zusammenhänge des Nahost-Konfliktes. Israel in seiner Gesamtheit und alle jüdischen Israelis werden verallgemeinert und sollen boykottiert bzw. sanktioniert werden, etwa wenn Musikfestivals in Europa boykottiert werden sollen, weil es unter den Musiker/innen Israelis gibt. Die BDS-Aktivist/innen simplifizieren und beurteilen die Menschen nicht nach ihren Taten, sondern nach Staatsangehörigkeit (israelisch) und Religion (jüdisch).

Die Bewegung vernachlässigt, dass der Nahost-Konflikt nicht nur durch die Besatzung, den fortschreitenden Siedlungsbau und die Situation der palästinensischen Flüchtlinge befördert wird, sondern dass Israel immer wieder von anderen Staaten bedroht und von Terrorgruppen angegriffen wird. Das Scheitern der Friedensgespräche ist komplex und nicht einseitig einer Seite zuzuschreiben.

Die Mittel des Boykotts und der Sanktionen sind unverhältnismäßig, diskriminierend und zeugen von Geschichtsvergessenheit. Die Frage der Verhältnismäßigkeit stellt sich, wenn Israel einseitig verurteilt wird, ohne Menschenrechtsverletzungen, Kriegsverbrechen und Terroranschläge bei anderen Staaten und Gruppen zu verurteilen.

Eine bleibende Aufgabe

Die Bildungs-, Öffentlichkeits- und Freiwilligenarbeit von ASF richtet sich gegen Judenhass, Rassismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Wie notwendig diese Arbeit ist, erleben wir immer wieder.

Während der militärischen Auseinandersetzungen zwischen Israel und der Hamas im Sommer 2014 häuften sich in Europa judenfeindliche Ausbrüche, die die Grenze zur Kritik an der israelischen Politik eindeutig überschritten und sich nicht gegen Israel, sondern Jüdinnen und Juden richteten und alte judenfeindliche Bilder bemühten.

Mit der AfD ist eine rechtspopulistische Partei in den Bundestag eingezogen, deren Mitglieder an vielen Stellen rassistisch hetzen, vor allem gegen Flüchtlinge und Muslim/innen. Der Weg zur Ausgrenzung anderer Minderheiten ist damit geebnet und wird oft beschritten.

Vielfalt und Demokratie werden bedroht, nicht nur durch Rechtspopulist/innen, sondern auch dadurch, dass rechtspopulistische Themen zunehmend die Debatten in der Mitte der Gesellschaft prägen.

Jutta Weduwen
Soziologin, Geschäftsführerin bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V.